

1. MAI – TAG DER INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTLICHEN SOLIDARITÄT



# FREIHEIT FÜR VOLHA BRYTSIKAVA UND LEE CHEUK-YAN

GEMEINSAME AKTION VON IG METALL UND AMNESTY

Tausende Kolleginnen und Kollegen befinden sich weltweit wegen ihrer Gewerkschaftsarbeit unter teils unmenschlichen Bedingungen in den Gefängnissen autoritärer Regime. Unter ihnen Volha Brytsikava aus Belarus und Lee Cheuk-yan aus Hongkong. Anlässlich des 1. Mai, dem Tag der internationalen gewerkschaftlichen Solidarität, setzen wir uns für ihre Freiheit ein – stellvertretend für alle verfolgten Gewerkschafter\*innen.

**Volha Brytsikava** ist eine unabhängige Gewerkschafterin in Belarus. Sie ist 56 Jahre alt und war bis zu ihrer Verhaftung die Vorsitzende der unabhängigen Gewerkschaft der Beschäftigten in der Ölraffinerie Naftan. Sie setzte sich nicht nur für die materiellen Interessen ihrer Kolleg\*innen ein. Sie protestierte auch gegen die vom Lukaschenko-Regime gefälschten Präsidentschaftswahlen von 2020 und gegen Putins Ukraine-Krieg. Die regierungshörige Justiz des Landes klagte sie deshalb der „Aktionen gegen die nationale Sicherheit“, der „Aufstachelung zum Hass“ und der „Unterstützung extremistischer Aktivitäten“ an. Sie wurde zu insgesamt sechs Jahren Straflager verurteilt. Inhaftierung in den Gefängnissen und Lagern von Belarus ist unmenschlich. Sie zielt darauf ab, die politischen Gefangenen moralisch und physisch zu brechen. Berichte ehemaliger Mithäftlinge bezeugen, dass Volha dennoch ein Vorbild an innerer Kraft und menschlicher Würde ist.

**Lee Cheuk-yan** ist 69 Jahre alt und war Generalsekretär des unabhängigen Gewerkschaftsbundes von Hongkong (HKCTU), der 2021 vom Staat zur Auflösung gezwungen wurde. Seit demselben Jahr befindet er sich in Haft. Der Prozess gegen ihn begann erst im Januar 2026, nach mehr als 1.800 Tagen ohne Anklage und Urteil! Jetzt wird ihm vorgeworfen, zur „Unterwanderung der Staatsmacht“ aufgerufen zu haben. Tatsächlich steht er vor Gericht, weil er als Gewerkschafter Streiks – z. B. der Hafentarbeiter – unterstützte.

Außerdem war er führend in Hongkongs Demokratiebewegung aktiv, die alljährlich an das Pekinger Massaker von 1989 erinnerte, begangen von der chinesischen Armee an mehr als 2.500 Arbeiter\*innen und Studierenden. Im Prozess sprach er sich gegen jede autoritäre Herrschaft und für Meinungs-, Versammlungs-, und Pressefreiheit aus. Ihm droht eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren.

**UNTERSTÜTZT UNSERE POSTKARTEN-AKTIONEN AUF DEN 1. MAI-KUNDGEBUNGEN! UNTERSCHREIBT FÜR DIE FREIHEIT VON VOLHA UND LEE!**

**GEWERKSCHAFTSARBEIT IST KEIN VERBRECHEN, SONDERN MENSCHENRECHT!**

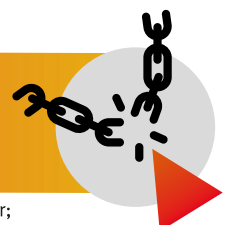
Weitere Informationen unter

<https://igmetall-sprockhoevel.de/verfolgte-gewerkschafterinnen/>



**GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE**  
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER\*INNEN

Impressum: IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, vertreten durch den Vorstand, 2. Vorsitzender: Jürgen Kerner; V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV: Jürgen Bühl, [amnesty@igmetall.de](mailto:amnesty@igmetall.de); Redaktion: Ulrich Breitbach, Stand: 27.4.2026





# TAG DER ARBEIT, TAG DER SOLIDARITÄT

VON JÜRGEN KERNER



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

**der 1. Mai ist unser Tag!** Jahr für Jahr verdeutlichen wir am Tag der Arbeit, wer dieses Land am Laufen hält, wer seine Zukunft baut. Nicht die im Chfessessel oder auf dem Kanzlerstuhl, sondern die Beschäftigten in den Werkshallen und Büros. Wenn man sie denn lässt!

In Deutschland müssen wir gerade erleben, wie sich die Kriege Russlands und der USA auf uns auswirken. Wir erleben, wie schwer sich Politik tut, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Wie erleben, wie eindimensional viele Unternehmen gelenkt werden – ein bisschen kurzfristiger Profit frisst Zukunftspläne, Standorte und Arbeitsplätze. Wir erleben die Verlogenheit rechter Scharlatane – die von Deutschland faseln und für Russland arbeiten.

**Gerade am 1. Mai besinnen wir uns auf unsere Stärke.** Auf Gemeinsinn und Solidarität. Wir wollen unseren Kontinent voranbringen. Wir kämpfen für sichere Arbeitsplätze, für gerechte Entlohnung, für unsere Lebensgrundlagen und die Zukunft unserer Kinder.

**Unsere Werte sind unteilbar, unser Ziel „gute Arbeit“ ebenso.** Wir unterstützen zusammen mit Amnesty International verfolgte Gewerkschafter\*innen weltweit. Unsere Solidarität endet nicht an der Landesgrenze. Unsere Solidarität gilt all denen, die sich im Arbeitsleben für andere stark machen und dafür verfolgt werden, um ihr Leben fürchten müssen.

**Zum 1. Mai setzen wir uns für Lee Cheuk-yan und Volha Brytsikava ein.** Lee war Generalsekretär des unabhängigen Gewerkschaftsbundes von Hongkong und sitzt seit fünf Jahren in Haft. Volha war Vorsitzende der unabhängigen Gewerkschaft in der Ö raffinerie Naftan und wurde mehrmals verurteilt – zu insgesamt sechs Jahren. Wir stehen zu Euch!

**UNTERSCHREIBT DIE POSTKARTEN FÜR LEE CHEUK-YAN UND VOLHA BRYTSIKAVA! ZEIGT DER CHINESISCHEN UND DER BELARUSSISCHEN REGIERUNG, DASS WIR SEHEN, WIE SIE MENSCHENRECHTE MIT FÜSSEN TRETEN!**

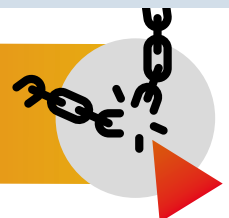
Euer Jürgen Kerner

## INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION FORDERT FREILASSUNG DER GEWERKSCHAFTER IN BELARUS

In seiner Sitzung Ende März/Anfang April verabschiedete der Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, mit der die belarussischen Behörden zur sofortigen Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter\*innen aufgefordert werden. Zudem verurteilt die ILO die anhaltende Repression gegen die unabhängigen Gewerkschaften des Landes aufs Schärfste. Die Entscheidung des Staates zu ihrer Auflösung müsse zurückgenommen werden.

Der UN-Menschenrechtsrat äußerte sich zutiefst besorgt über Berichte von Todesfällen in Haft, über systematischen Einsatz von Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlungen in den Gefängnissen und Lagern von Belarus.

**GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE**  
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER\*INNEN





# UNERBITTLICHE REPRESSION GEGEN KOLLEG\*INNEN

IGB AN DER SEITE DER GEWERKSCHAFTEN DES LANDES

**2021 putschte das Militär in Myanmar und verübt seitdem entsetzliche Verbrechen gegen die Bevölkerung, die in bitterer Armut lebt. Insbesondere unterliegen Arbeiter\*innen und ihre Gewerkschaften einer scharfen Unterdrückung.**

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) zählt Myanmar zu den zehn schlimmsten Ländern der Welt für Arbeitnehmer\*innen. Anlässlich des fünften Jahrestages der Machtübernahme durch die Armee schildert er auf seiner Website die Verhältnisse:

„Arbeiter und Gewerkschaften sind unerbittlicher Repression ausgesetzt. [...] Seit dem Putsch leiden sie unter extrem harten Lebens- und Arbeitsbedingungen. [...] Berichte über Zwangsarbeit verdeutlichen ihre wachsende Ausbeutung. Hunderte von Gewerkschaftsmitgliedern und Aktivisten wurden landesweit verhaftet. Die Junta hat die meisten Gewerkschaften faktisch verboten und den Arbeitern damit ihr grundlegendes Recht auf Vereinigungsfreiheit genommen.

Der Gewerkschaftsbund Myanmar (CTUM), Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes, ist ein Hauptziel dieser Angriffe. Viele Mitglieder wurden verfolgt, inhaftiert, Opfer von Gewalt und gefoltert. Gegen die gesamte CTUM-Führung liegen Haftbefehle vor, und ihre

Pässe [...] wurden eingezogen. Die Leiterin der Kommunikation des CTUM, Khine Thinzar Aye, wurde während eines militärischen Verhörs gefoltert und sexuell missbraucht. Bis heute sind 151 CTUM-Mitglieder inhaftiert. Zwei von ihnen verbüßen lebenslange Haftstrafen, einer ist in Haft gestorben. Ein weiterer Gewerkschafter wurde nach Verhängung der Todesstrafe hingerichtet. [...]

Trotz dieser schwierigen Umstände bleiben die Arbeiter [...] Myanmars standfest in ihrem gemeinsamen Kampf für Demokratie und Gerechtigkeit. Ihr Mut inspiriert die globale Gewerkschaftsbewegung, die sich unerschütterlich mit ihrem Anliegen solidarisiert.“

## Weitere Informationen:

<https://www.ituc-csi.org/for-democracy-in-myanmar>

## Die Diktatur in Zahlen:

Die Hälfte der Bevölkerung von Myanmar lebt unterhalb der Armutsgrenze. Der gesetzliche Mindestlohn hat heute 43 Prozent weniger Kaufkraft als 2018. 14 Prozent oder 3,2 Millionen Beschäftigte haben seit 2022 ihre Arbeit verloren.

In der Bekleidungsindustrie sind zahlreiche Fälle von Arbeiten ohne Vertrag, erzwungener Mehrarbeit ohne Bezahlung, Verweigerung von Urlaub, zurückbehaltenem Lohn, Arbeitsunfällen und sexueller Belästigung dokumentiert. Etwa zehn Prozent der Kinder leisten Kinderarbeit. Die schlimmsten Verhältnisse für Kinder herrschen in den Flüchtlingslagern und den Regionen mit militärischen Konflikten. Dort sind sie Opfer von Sexhandel und werden von der Armee als menschliche Schutzschilde missbraucht. Vor allem Angehörige der Minderheit der Rohingyas werden zu Zwangsarbeit gezwungen.



Drei erhobene Finger, das Zeichen der Demokratiebewegung

**GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE**  
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER\*INNEN





SUDAN

# ARBEITNEHMERRECHTE IM BÜRGERKRIEG

Seit drei Jahren verwüstet ein grausamer Bürgerkrieg den Sudan. Besonders betroffen: Die Arbeitnehmer\*innen des Landes. Die Sudanese Professionals and Syndicates Coordination (SPSC) berichtet, dass Millionen durch Schließung oder Zerstörung ihrer Betriebe ihren Lebensunterhalt verloren haben. Allein für den Zeitraum von August 2025 bis März 2026 zählte sie 454 schlimme Verletzungen der gewerkschaftlichen und Arbeitnehmerrechte mit mehreren tausend Opfern. Dabei ging es nicht nur um vorenthaltenen Lohn und willkürliche Entlassungen, sondern um Ver-

schleppung, Folter, sexuelle Versklavung und Mord. Die tatsächliche Zahl der von beiden Kriegsparteien gegen Arbeitnehmer\*innen verübten Verbrechen ist wahrscheinlich weit höher.

Die SPSC fordert unter anderem die sofortige Freilassung aller Gewerkschafter\*innen und Arbeiter\*innen, die Entsendung einer Untersuchungskommission der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die Unterstützung für den Wiederaufbau unabhängiger gewerkschaftlicher Strukturen.

**WEITERE INFORMATIONEN:** <https://laboursolidarity.org/en/n/3826/report-on-the-situation-of-workers-and-trade-unionists-in-sudan-august-2025-march-2026>

NEPAL

Die internationalen Gewerkschaftsdachverbände (u. a. IndustriAll GU) verurteilen die Absicht der Regierung Nepals, einige Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufzulösen. Das sei ein Verstoß gegen die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation. Die Internationale Transportarbeiterföderation erklärte: „Das geplante Verbot von Gewerkschaften [...] stellt einen direkten Angriff auf die demokratische Stimme des nepalesischen Volkes dar. [...] Gewerkschaften sind keine Bedrohung für die Gesellschaft, sondern ihr Grundpfeiler.“

ITALIEN

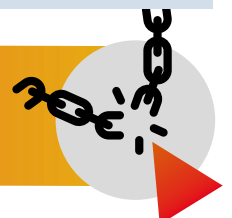
Seit März gelten bei Streiks in weiten Teilen des Verkehrssektors Einschränkungen des Streikrechts. Betroffen sind u. a. die Transporte von Kraftstoffen, Milch, Krankenhausbedarf und Grundnahrungsmitteln. Hier müssen Streikmaßnahmen nun unter Angabe der betroffenen Bereiche vorher angekündigt werden. Ein vorheriges Schlichtungsverfahren ist obligatorisch. Für unabdingbar erklärte Dienstleistungen dürfen nicht bestreikt werden. Seit einiger Zeit müssen bereits im Öffentlichen Nahverkehr bei Streiks Garantiezeiten im Berufsverkehr eingehalten werden.

ARGENTINIEN: TEILERFOLG DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Seit seinem Amtsantritt Ende 2023 gehört die Zerschlagung des Arbeitsrechts zu den wichtigsten Zielen des Präsidenten Milei. Der vorerst letzte Entwurf für ein neues Arbeitsgesetz sah unter anderem eine tägliche Arbeitszeit von bis zu zwölf Stunden, die Abschaffung der obligatorischen Bezahlung von Überstunden, den Vorrang lokaler und regionaler Vereinbarungen gegenüber nationalen Tarifverträgen und eine Einschränkung des Kündigungsschutzes vor. In den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verkehr und Energie sollten die Gewerkschaften im Streikfall Mindestdienstleistungen von 75 Prozent garantieren, in anderen Sektoren (Lebensmittel, Bergbau, Exportwirtschaft) von 50 Prozent. Streiks wären damit in weiten Teilen der Wirtschaft des Landes praktisch wirkungslos. Nachdem beide Kammern des Parlaments dem Gesetz zugestimmt hatten, hat das Oberste Gericht die Überprüfung seiner Verfassungsmäßigkeit angeordnet und damit sein Inkrafttreten größtenteils verhindert. Die Gewerkschaften hatten zu einem 24-stündigen Generalstreik aufgerufen.



**GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE**  
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER\*INNEN





# ARBEITSRECHTE UNTER DRUCK

## DIE ILO-BESCHWERDE GEGEN SAUDI-ARABIEN

**Mehrere afrikanische Gewerkschaften haben bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eine Beschwerde gegen Saudi-Arabien eingereicht, weil das Land grundlegende Arbeitsrechte systematisch verletzt. Im Zentrum stehen die Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen migrantischer Arbeitskräfte, die einen Großteil der Beschäftigten im Land stellen.**

Die Beschwerde macht geltend, dass Saudi-Arabien trotz formeller Reformen seine Verpflichtungen aus zentralen ILO-Übereinkommen nicht wirksam umsetzt.

Dokumentiert sind weiterhin Zwangsarbeit, nicht gezahlte oder gestohlene Löhne, extrem lange Arbeitszeiten, gefährliche Arbeitsbedingungen und Diskriminierung. Viele Arbeitsmigrant\*innen werden bereits im Herkunftsland durch illegale Vermittlungsgebühren und Täuschung verschuldet und geraten so in Abhängigkeitsverhältnisse, aus denen sie kaum entkommen können.



Foto © Jaap Arriens/NurPhoto/Getty Images

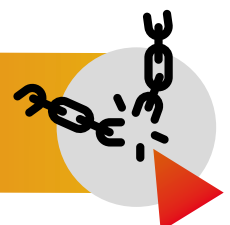
Gastarbeiter auf einer Baustelle in der Nähe von Riad

Ein Kernproblem bleibt das Kafala-System, das Arbeitgebern weitreichende Kontrolle über Aufenthalt, Arbeitsplatzwechsel und Ausreise gibt. Dieses System begünstigt Ausbeutung und erzeugt ein Klima der Angst vor Repressalien. Besonders betroffen sind Hausangestellte, Landarbeiter\*innen und Fischer\*innen, die von vielen Reformen bis heute ausgeschlossen sind. Arbeitsinspektionen sind schwach und setzen falsche Prioritäten: Statt Schutz vor Ausbeutung steht oft die Kontrolle migrantischer Arbeitskräfte im Vordergrund. Gleichzeitig wurden Strafen für Arbeitgeber, etwa bei Passbeschlagnahmung oder verweigerter Ruhezeit, deutlich gesenkt. Dies schafft ein Umfeld, in dem Unternehmen weitgehend straflos handeln können.

Amnesty International sowie weitere Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften kritisieren scharf, dass Saudi-Arabien versucht, die Beschwerde frühzeitig zu beenden, ohne glaubhaft nachzuweisen, dass sich die realen Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert haben. Die Regierung bestreitet die Vorwürfe und greift sogar Beschwerdeführer namentlich an – ein Vorgehen, das die reale Gefahr von Vergeltung gegen Betroffene und Gewerkschafter\*innen unterstreicht. Die Beschwerde am Laufen zu halten, gilt daher als entscheidend, um internationalen Druck aufrechtzuerhalten und sicherzustellen, dass Arbeitsmigrant\*innen tatsächlich geschützt werden – nicht nur auf dem Papier.

**UNTERZEICHNET DEN OFFENEN BRIEF VON AMNESTY FÜR DIE AUFRECHTERHALTUNG DER BESCHWERDE:**

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde23/0836/2026/en/>





ALGERIEN

# ZEHN JAHRE HAFT FÜR GEWERKSCHAFTER ALI MAMMERI

## GERICHT MISSBRAUCHT ANTI-TERROR-GESETZE

**Ali Mammeri ist Angestellter, Menschenrechtsverteidiger sowie Präsident und Gründer der unabhängigen Nationalen Union der Angestellten im Bereich Kultur und Kunst (SNFC), die dem Gewerkschaftsbund der Produktiven Kräfte (COSYFOP) angehört. Wegen seiner Gewerkschaftsarbeit wurde er willkürlich zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt.**

Im März 2025 wurde Mammeri ohne Haftbefehl festgenommen und vier Tage lang in Isolationshaft gehalten. Seiner Familie und seinen Anwälten wurden Informationen über sein Schicksal und seinen Aufenthaltsort vorenthalten, wodurch er einem Verschwindenlassen ausgesetzt wurde. Er berichtete, während eines Verhörs wiederholt geschlagen und entkleidet worden zu sein, um ein Geständnis zu erzwingen. Die Versuche seiner Familie, eine formelle Anzeige wegen Folter zu erstatten, wurden von den Behörden bisher ignoriert. Am 29. Oktober 2025 verurteilte das Strafgericht von Oum El Bouaghi in erster Instanz Ali Mammeri zu 15 Jahren Haft. Am 1. Februar wurde die Verurteilung vom Berufungsgericht bestätigt und seine Haftstrafe auf zehn Jahre reduziert.



Ali Mammeri

Foto © privat

### HALTLOSE ANSCHULDIGUNGEN

Diana Eltahawy, stellvertretende Regionaldirektorin für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International, erklärte: „Die zutiefst ungerechte Entscheidung des Gerichts, Ali Mammerris Verurteilung aufgrund haltloser Anschuldigungen aufrechtzuerhalten, ist ein weiterer klarer Angriff auf friedlichen Protest und unabhängige Gewerkschaftsarbeit in Algerien. Die zehnjährige Haftstrafe für Ali Mammeri ist willkürlich und sendet ein alarmierendes Signal an andere Gewerkschafter im Land. Die unbegründeten Anklagen gegen ihn wegen „Verherrlichung terroristischer Handlungen“ und „Verbreitung geheimer Informationen“ beruhen einzig und allein auf seinem gewerkschaftlichen Engagement, unter anderem auf dem Austausch von Informationen über Arbeitnehmerrechte mit der Internationalen Arbeitsorganisation. Die algerischen Behörden müssen Ali Mammeri unverzüglich und bedingungslos freilassen und seine Verurteilung aufheben.“

Die Anklagepunkte gegen ihn beruhen auf dem Missbrauch von Anti-Terror-Gesetzen und Gesetzen zum „Schutz von Verwaltungsdokumenten“. Tatsächlich wurde er wegen seiner privaten und beruflichen Kommunikation sowie seiner Facebook-Posts über andere inhaftierte Aktivist\*innen verurteilt – Aktivitäten, die durch internationales Menschenrechtsrecht geschützt sind.

### Weitere Informationen:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/02/algeria-trade-unionist-ali-mammeri-faces-10-years-in-prison-after-court-upholds-his-unjust-conviction/>

